

Anrede

Das Badische Tagblatt titelt „**A5 Anschluss Söllingen ist ein erledigter Fall**“, dies nicht heute, sondern am 16. Oktober 1999.

Zitate aus dem Text: „Erwin Teufel hat sich zu weit aus dem Fenster gelehnt“ und „ Der Grund: Verkehrsminister Ulrich Müller (CDU), der auch das Umweltressort verantwortet, sieht keine Möglichkeit, die Autobahntrasse gegen den Willen der Naturschützer durchzudrücken. Die Abzweigung von der A5 in Höhe von Schiftung hätte den Bannwald an der östlichen Seite des Baden-Airparks zerschnitten, der durch die FFH Richtlinie der EU geschützt ist. Der Naturschutzbund hatte bereits gedroht, den Bau der Autobahnausfahrt vor dem Europäischen Gerichtshof zu kippen. Und im Verkehrs- und Umweltministerium weiß man zu gut, dass die Klage gute Aussichten auf Erfolg hätte.

Anbetracht dieser Aussage überrascht es uns, dass manche hier im Raum von der Ablehnung der Ost-Trasse durch das RP überrascht, enttäuscht waren. Den trotz dieser eindeutigen Aussage wurde gegen die Stimmen der Grünen durch den Verwaltungsausschuss des Kreistages am 18. Juli 2006 die weitere Verfolgung dieser Ost-Variante sowie im Bauausschuss des Kreistages am 14. November 2006, ein Grundsatzantrag zum Anschluss an die A5 beschlossen.

Unsere Argumente seit damals waren unter anderem:

- Der Eingriff in Naturschutzbelange ist nicht zu rechtfertigen, unter anderem da es Alternativen gibt
- Das Schutz-Bedürfnis der Anwohner in Halberstung und Schiftung, keinen zusätzlichen Verkehr und Lärm zu bekommen, wird nicht berücksichtigt
- Die Belange der Anwohner in Hügelsheim auf Lärmreduktion werden nicht berücksichtigt. Aus den Gutachten war jederzeit herauszulesen, dass ein Großteil der Verkehrsströme über das Elsaß und von Norden über die ehemalige B36 kommen. Auch der weitere Anstieg dieser Verkehrsströme, selbst bei Realisierung der Ostanbindung, war immer klar herauszulesen
- Letztlich haben wir auch auf die Klimaproblematik des zunehmenden Flugverkehrs hingewiesen und dass ein ungebremstes Wachstum des Flugverkehrs, insbesondere auf Kurzstrecken nicht zeitgemäß ist.

Unsere Argumente wurden in jeder Sitzung ignoriert und dogmatisch, ja fast ideologisch an der Ostanbindung festgehalten, ebenfalls sämtliche unserer Anträge abgelehnt. Dies jetzt seit über 14 Jahren.

Auch andere warnende Stimmen aus diversen Institutionen oder die Bürgerinitiativen wurden ignoriert.

Für diese Planungen wurden seitdem mindestens 1,5 Million Euro zuzüglich interner Kosten ausgegeben, mit Null Ergebnis.

Es wird dringend Zeit für einen Neustart, sonst vergehen weitere 20 Jahre, z.B. für die Lösung des Lärmproblems von Hügelsheim.

Und dies kann nach unserer Auffassung nur wie folgt gelingen:

- Einbeziehung aller Betroffenen, insbesondere des Naturschutzes sowie der Bürger und Bürgerinnen in einem öffentlichen und transparenten Dialog. Und gleich das Regierungspräsidium und das Ministerium mit an den Tisch. Wichtig ist, dass Konflikte gleich gelöst werden und nicht erst am Ende des Prozesses.
- Feststellen der Rahmenbedingungen und Ziele, wobei man endlich aufhören sollte von Fluggastzahlen im mehrfachen Millionenbereich zu träumen, dass ist Nonsens
- Suche nach optimierten Lösungen. Dabei nicht nur Betrachtung der straßenmäßigen Anbindung, sondern auch Verbesserung des ÖPNV sowie der Radwegeverbindungen

Gerne unterstütze und begleite ich einen solchen zielorientierten Prozess als Landtagsabgeordneter und Kreistagsmitglied.

Leider wurde der optimale Zeitpunkt für die Umsetzung einer guten Lösung verpasst. Es wird unter den sich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingungen womöglich nur noch abgespeckte Möglichkeiten geben.

Zum Schluss nochmals ein historischer Hinweis:

Der Neubau einer Ostanbindungsollte aufgrund der nicht vermeidbaren, kaum minimierbaren – und für eine Vielzahl von Schutzgütern.....aller Voraussicht nach nicht ausgleichbaren - Beeinträchtigungen keinesfalls weiterverfolgt werden.

Dieser Auszug stammt aus einer Umweltverträglichkeitsstudie des RP Karlsruhe vom August 1998.

Wir stimmen insofern dem Beschlussvorschlag zu, die Planfeststellung zu beenden, gehen aber selbstverständlich davon aus, dass beim Beschlussvorschlag b), die Bürgerinnen und Bürger, in einem Bürgerdialog einbezogen werden.

21. Juli 2020, Behrens

Es gilt das gesprochene Wort